

Sendungs-Manuskript

Sende-Termin: „Nordwestradio unterwegs“, 5.12.2013

Sendung: Mitreden, mitgestalten – Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung

Ort: Festsaal der Bremischen Bürgerschaft

Quelle:

http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio_unterwegs/kalender102_date-20131205.html

Teilnehmer:

Hans-Heinrich Obuch, Moderator

Joachim Lohse, Umwelt- und Bau-Senator

Hans-Christoph Hoppensack, Staatsrat a. D.

Marie Hoppe, Grüne

Heiko Strohmann, CDU

Anne Schweisfurth, Bürgerinitiative Waller Mitte

Harry Maretzke, Bürgerinitiative Grünes St. Magnus

Obuch: Ja, herzlich willkommen zu unserer heutigen Ausgabe von „Nordwestradio unterwegs“. Wir sind in der Bremischen Bürgerschaft, also im Herzen der Stadt. Bei uns in der Nachbarschaft ist der Weihnachtsmarkt, aber der ist heute ja geschlossen, wegen „Xaver“, dem Tief, das also hier im Anflug ist auf Bremen und auf den ganzen Nordwesten. Und wir wollen heute darüber reden, dass Straßen saniert werden, Baulücken geschlossen werden, Verkehrswege verändert werden. Das ist so der Alltag in einer Großstadt wie Bremen. Und dazu gehört es dann auch, dass natürlich Bürger, das haben sie so gelernt in vier, fünf Jahrzehnten Bürgerinitiativen, daran beteiligt sein wollen an solchen Prozessen und nicht mehr einfach nur so die Stadtverwaltung und die Oberen das machen lassen, was die so machen wollen. Joachim Lohse ist der Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und viel mit Bürgerinitiativen befasst, hat sich Zeit genommen für unsere Diskussion hier, also, schönen Dank dafür. Bürgerbeteiligung, Herr Lohse: Für Sie wünschenswert oder lästig oder beides? Wie würden Sie das so bezeichnen für sich?

Lohse: Bürgerbeteiligung ist in erster Linie eine spannende Weiterentwicklung der Demokratie. Wir wollen erreichen, dass Bürger stärker, Bürgerinnen auch, stärker teilhaben können, nicht nur alle vier Jahre ihr Kreuzchen abgeben, sondern auch dazwischen Einfluss nehmen auf die Entscheidungen. Wir wollen, dass die Qualität der Entscheidungen besser wird dadurch, dass die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen. Wir haben aber auch bestimmte Randbedingungen [sic!] in unserer Demokratie. Wir haben geltendes Recht, wir haben die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und wir haben die politischen Beschlüsse der Bürgerschaft und der Deputation. Das, ... daraus ergeben sich Aufträge an die Verwaltung und die müssen dann verhandelt werden mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Obuch: Und gerade auf diesem Hintergrund ist dann also Bürgerbeteiligung manchmal so etwas wie so'n unerreichbarer Luxus, Fragezeichen ?

Lohse: Nein, das ist kein unerreichbarer Luxus. Das praktizieren wir tagtäglich. Was wichtig ist, ist, dass die Erwartungen, die daran gesetzt werden, dass die realistisch sind. Wir haben beispielsweise in der Bremischen Politik in dieser Legislaturperiode zwei ganz strake Treiber. Der eine ist: Wir wollen Wohnungen bauen, 14.000 Stück. Die wollen wir nicht irgendwo im Niemandsland auf der grünen Wiese am Stadtrand bauen, sondern die wollen wir im Innenbereich bauen, das heißt da, wo schon Menschen wohnen, direkt benachbart.

Und das Zweite ist: Wir müssen den Haushalt konsolidieren. Das heißt zum Einen, wenn die Stadt über Grundstücke verfügt, dann müssen wir die verwerten, damit dort Geld in die Kasse hineinkommt. Und wir wollen auch unsere Infrastruktur effizient gestalten, Bremen hat 30 % mehr Verkehrs- und Siedlungsfläche pro Einwohner als alle anderen Städte. Das heißt: Wir brauchen mehr Straße, mehr Kanalrohr, mehr Stromleitungen für jeden Bürger, jede Bürgerin. Das ist ineffizient, das verursacht Kosten und da wollen wir effizienter werden.

Obuch: Und was Sie gerade eben angedeutet haben, das ist wirklich ein schwieriges Paket, was Sie schnüren wollen und da kann man unterschiedlicher Meinung zu sein. Wir werden heute darüber diskutieren im „Nordwestradio unterwegs“ aus der Bremischen Bürgerschaft unter dem Titel „Mitreden, mitgestalten – Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung“. Ich wünsche dabei viel Spaß, es wird sicherlich anregend, es wird sicherlich kontrovers. Mein Name ist Hans-Heinrich Obuch. Also, jetzt erstmal Musik und dann laufen wir uns warm.

(Musik)

Obuch: „Mitreden, mitgestalten – Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung“, darüber reden wir heute hier in der Bremischen Bürgerschaft und jetzt werden vielleicht manche Bremer gerade unterwegs sein in der Bremer City und sagen: „Oh, da fahr' ich mal eben schnell vorbei und hör' mir noch die nächste halbe Stunde live vor Ort an.“ Bitte nicht in die Bremische Bürgerschaft kommen, wir zeichnen die Sendung früher auf. Also jetzt, da wir hier stehen, ist es mittags in Bremen, halbzwölf gleich, also, wir zeichnen auf und Sie hören jetzt ausnahmsweise das Ganze mal aufgezeichnet. Mitreden, mitgestalten, das ist Sache von Bürgerinitiativen und natürlich haben wir auch zwei Vertreter von Bürgerinitiativen hier, die jeweils so konkrete Anliegen für ihr Wohnquartier verfolgen. Kurz gesagt es geht in beiden Fällen um, ja, ich sag's mal so, Widerstand gegen geplante Bebauungen. Bei mir ist zum Beispiel Anne Schweisfurth von der Bürgerinitiative Waller Mitte, Walle ein Stadtteil von Bremen. Was ist Ihr Anliegen da eigentlich, Frau Schweisfurth ?

Schweisfurth: Ja, der Platz, der BSV-Platz, der glaube ich ziemlich bekannt ist, mitten im Stadtteil Walle und ist seit 100 Jahren Sportplatz und vor vier Jahren ist der BSV umgezogen an den Hohweg. Und dieser Platz war dann wild genutzt. Viele, viele Menschen, Kinder, Ältere nutzten ihn, weil, er war offen und es war ein prima Platz, um sich zu begegnen. Das haben wir wahrgenommen und als wir dann gehört haben, er soll bebaut werden, haben wir gesagt: Das wollen wir nicht, das ist nicht gut für den Stadtteil, hier entwickelt sich ganz viel sozialer Raum und haben angefangen

Unterschriften zu sammeln, auch protestiert und Herr Höing hat uns dann den Runden Tisch angeboten, um ...

Obuch: Wer ist Herr Höing ?

Schweisfurth: Herr Höing ist der ehemalige Senatsbaudirektor, der ist jetzt nicht mehr da. Aber damals hat er gesagt „Wir machen ‘nen Runden Tisch, sind Sie damit einverstanden? Beirat, Senator für Bau und Immobilien Bremen und die BI, Bevölkerung, Anwohner, alle am Tisch.“

Dann haben wir gesagt: „Ja, das probieren wir, das machen wir, das ist ‘ne Chance, dass wir das im Stadtteil gut geplant kriegen.“ Dann haben wir zweieinhalb Jahre da gegessen, hatten einen Wettbewerb mit Architekturbüros, eins hat gewonnen, aus Berlin und hat einen guten Kompromiss vorgelegt: Randbebauung, Turmhäuser, also den Bedürfnissen von Bauen Rechnung getragen. Und dann passierte nichts mehr ein Jahr lang, er wurde auch nicht weiterentwickelt und nicht mehr umgesetzt, es passierte nichts. Und jetzt vor kurzem wurde uns dann ein Plan vorgelegt, wo dann doch der halbe Platz bebaut war. Darüber waren wir dann entsetzt, enttäuscht, verärgert, auch deswegen, weil wir immer wieder gefragt haben: „Was sind denn die Bedingungen auf diesem Platz? Was muss da erwirtschaftet werden? Was hat Bremen damit vor, wie sind die Rahmenbedingungen?“ Und es wurde uns immer gesagt: „Es ist ergebnisoffen, es ist alles offen, wir klammern diese ganze Wirtschaftlichkeit aus.“ Und jetzt fliegen uns diese Argumente um die Ohren und wir sind auch deswegen verärgert.

Obuch: Und darauf werden wir gleich zurückkommen. Aber zunächst einmal der zweite Vertreter hier einer Bürgerinitiative, das ist Harry Maretzke von der BI Grünes St. Magnus. St. Magnus auch ‘n Stadtteil von Bremen, so ein bisschen Bremen-Nord, Richtung, ja über Lesum hinweg nach Schönebeck, nur damit man das mal so’n bisschen verorten kann, vor Vegesack noch, ne?

Maretzke: So ist es, vor Vegesack.

Obuch: Was sind Ihre Probleme, die Sie haben mit, ja mit der Stadt, mit der Kommune als Vertreter dieser Bürgerinitiative?

Maretzke: Also es handelt sich um ein Grundstück in Parkrandlage, direkt am Knoops Park, ein ehemaliges Gärtnereigelände, was zur Bebauung geplant ist, ausgeschrieben ist und Anfang 2012 kamen Planungen, dass direkt am Park eine massive Bebauung von 50 Wohneinheiten auf einer Grundstücksgröße von ungefähr 15.000 qm erfolgen soll, also eine massiv dichte Bebauung, die das Landschaftsbild und auch den Park so wie er ist, sicherlich stark beeinträchtigt. Und daraufhin ging im Prinzip ein Aufschrei durch die, ich sag’ jetzt mal durch die Bevölkerung, in erster Linie durch die Anwohner, aber in zweiter Linie auch durch die Bevölkerung, nachdem wir das, eine Bürgerinitiative gegründet haben und das letztendlich weiter verfolgt haben. Wir haben Unterschriften gesammelt, bis jetzt knapp 3000, davon 90 % aus Bremen-Nord,

davon weit über 1000 aus den direkten Anrainerstraßen, also die betroffen sind. Und auf unsere Unterschrifteninitiative, die eingereicht wurde, auch an Herrn Böhnsen übergeben wurde, ist eigentlich, also mehr oder weniger wurde es ignoriert. Das, das stellen wir uns nicht unter Bürgerbeteiligung vor. Unsere Eingaben sind, wir haben uns noch an den Beirat gewandt, wir wollten gerne einen runden Tisch, wir hätten uns gerne da 'rangesetzt, aber auch da sind wir einfach gar nicht wahrgenommen worden.

Obuch: Fragen wir doch mal den Herrn Senator, der ja schließlich auch hier bei uns ist. Herr Senator Lohse, das sind zwei Fälle, zwei aktuelle Fälle aus Bremen, wo zwei Bürgerinitiativen richtig funktioniert haben, Ideen gehabt haben, die auch vorgetragen haben und dann haben sie jetzt das Gefühl: Das Ganze wird eigentlich nicht beachtet, wird beiseite gelegt und die Stadt macht, ich sag' das jetzt mal so'n bisschen lax journalistisch, macht, was sie will.

Lohse: Nein, die Stadt macht mit Sicherheit nicht, was sie will, sondern man muss auch fragen: Wer ist die Stadt? Ich komm' noch mal auf die demokratische Struktur, die wir haben, die Gewaltenteilung zwischen Parlament und Deputation, die der Verwaltung Aufträge erteilen, die die Verwaltung umsetzen muss innerhalb der beiden Leitplanken „Zur Verfügung stehendes Geld“ und „geltende Gesetze“, in diesem Rahmen bewegen wir uns. Ich denke, man kann aus beiden Fällen, die möglicherweise nicht immer sehr gut gelaufen sind, lernen. Das wollen wir auch tun, wir entwickeln ja die Demokratie weiter und ich glaube, das sind gute Anschauungsobjekte dafür.

Wenn wir das erste Beispiel nehmen, den Dedesdorfer Platz, da wär' zu fragen und ich war damals nicht dabei: Was für ein Kompromiss ist damals geschlossen worden? War der geeint oder war der noch kommentiert mit dem Hinweis: Da müssen aber noch Dinge geklärt werden, die in diesem vermeintlich fertigen Kompromiss noch nicht erfüllt sind, deswegen wird es nochmal überarbeitet? Die Frage ist, ob das richtig kommuniziert worden ist. Ein Jahr Funkstille ist immer schlecht in solchen Verfahren, das würde ich dann auch zugestehen. Da müssen wir sehen, wie wir das besser nachhalten. Und, was für mich auch zu klären wäre, ist, ob die Frage, man handelt vollständig ergebnisoffen, ob das tatsächlich von Seiten der Stadt so gesagt worden ist, oder ob das nur das ist, was die Bürgerinitiative hören wollte. Aber es ist ja eigentlich was anderes gesagt [worden], nämlich es muss auch Geld erwirtschaftet werden.

Obuch: Man kann ja natürlich auch sagen: Vielleicht ist das 'n Beschwichtigungsargument von Seiten der Stadt, oder gewesen, 'ne?

Lohse: Dann wär' es 'n Fehler in der Kommunikation gewesen. Dann hätte man es sagen müssen, denn die Konstruktion ist so und das ist auch bekannt, auch in der Bürgerschaft bekannt: Mit der Bebauung dieses Platzes sollen Gelder erwirtschaftet werden für die Umlegung des Sportplatzes an eine andere Stelle im Stadtteil. Das heißt, das Geld muss 'reinkommen, weil es wird an anderer Stelle Geld ausgegeben.

Obuch: Neben Ihnen da nickt ein Mann, der kommt von der CDU , aber der nickt Ihnen zu, also der Sie ja gewissermaßen in der Regierung sitzen. Her Strohmann ist das, Herr Strohmann von der CDU, Bau- und Verkehrspolitischer Sprecher dort. Sie haben da eben Zustimmung signalisiert.

Strohmann: Ja, weil Herr Senator Lohse in dem Fall völlig Recht hat. Es war so abgesprochen. Das war von vornherein klar, weil, im Gegensatz zu ihm war ich schon dabei, als es darum ging den Sportplatz Dedesdorfer Straße, der in einem sehr maroden Zustand war und nicht mehr sanierungsfähig war, dass man dem Fußballverein BSV eine neue Stätte organisiert hat, in Walle am Hohweg. Und im Zusammenhang dessen stand natürlich, dass die Refinanzierung des neuen Kunstrasenplatzes, der Umkleidekabinen etc. eine Refinanzierung über die Bebauung des Dedesdorfer Platzes war. Und dann, eben auch im Zuge der Wirtschaftskrise, hat sich das alles verzögert und dann hat man gesagt: Wir müssen mal gemeinsam gucken. Und da ist ja Bürgerbeteiligung, ist ja passiert, also es wurden ja alle miteinbezogen, die Beiräte dergleichen. Nur Bürgerbeteiligung bedeutet ja nicht immer, dass die Bürgerinitiative Recht kriegt, sondern, dafür haben wir noch Beiräte, haben wir Stadtbürgerschaft, aber, ist beteiligt worden und es war von vornherein klar, dass da gebaut werden muss.

Obuch: Marie Hoppe, Abgeordnete der Grünen, Sie beschäftigen sich ja auch sehr intensiv mit dem Thema Bürgerbeteiligung. Ist in diesem Fall, da so nach Ihrem Eindruck, ist da was falsch gelaufen? Sind da Stockfehler gemacht worden ?

Hoppe: Also ich glaube schon, dass der Rahmen, also nicht ganz klar sozusagen den Bürgerinitiativen nicht ganz klar vermittelt wurden: In welchem Rahmen bewegen wir uns eigentlich. Also das zeigt ja auch so'n bisschen, dass es da einmal auch 'n Konflikt gibt mit dieser Innenstadtverdichtung, das ist ein politischer Beschluss, und das muss aber natürlich auch in so einem Beteiligungsverfahren ganz klar kommuniziert werden und da müssen alle Fakten auf den Tisch gelegt werden. Es muss gesagt werden: Wieviel von dem Platz muss bebaut werden ? Welche Wirtschaftlichkeit muss da erfolgen ? Und das ist das, was ich zumindest von der Bürgerinitiative mitbekommen hab', was eigentlich auch eingefordert wurde, aber sozusagen nicht ganz klar transparent dargestellt wurde. Und das muss sozusagen schon gewährleistet sein, weil, die Bürgerinnen und Bürger müssen ja wissen unter welchen Voraussetzungen sie sich eigentlich da auch beteiligen.

(Musik)

Obuch: „Nordwestradio unterwegs“, heute aus der Bremischen Bürgerschaft und es geht um Bürgerbeteiligung. Anne Schweisfurth von der Bürgerinitiative Waller Mitte, die hatte sich in der letzten Gesprächsrunde noch gemeldet und gesagt: „Ich will jetzt noch unbedingt was sagen“, zu wem und über was ?

Schweisfurth: Ja, genau, ich würde gerne noch mal was dazu sagen, dass die, in dem Prozess um die Waller Mitte, um den, an dem Runden Tisch es darum ging: Wie offen wurde mit uns umgegangen ? Was wurde uns gesagt, was wurde uns nicht gesagt ?

Weil wir eben angetreten sind, gesagt haben: Uns wurde es nicht kommuniziert, was wirklich auf diesem Platz alles liegt an Anforderungen. Wir haben viel nachgefragt, weil wir das schon wissen wollten, bevor wir da in diesen Prozess gehen. Es geht um die Refinanzierung des Umzuges des BSV. Mit dem Kunstrasenplatz, das wussten wir, wir wussten aber nicht die Höhe. Und wir haben sie, mittlerweile wissen wir, oder werden Zahlen genannt von 450.000 Euro in dem Wirtschaftsplan, der uns jetzt, nach drei Jahren vorgelegt wird. Das Zweite ist, dass es ein Dioxin-verseuchter Rotascheplatz ist und auch diese Dioxinsanierung, für die Walle jetzt erstmal so nichts kann, und Walle ist jetzt nicht der reichste und grünste Stadtteil. Das wird jetzt auch noch mit auf diese, in diese Rechnung miteinbezogen, dass das auch noch über die Veräußerung erwirtschaftet werden soll und das finde ich schon sehr viel für solch einen Platz und für solch einen Stadtteil. Das Zweite, noch einmal zu Herrn Lohse, dass wir Bedingungen haben von Wohnungsbau, auch das wissen wir, da verändern sich die Größen auch immer weiter nach oben, in diesem Prozess von drei Jahren. Und ich denke, da gibt es auch einen grünen Konflikt: Es gibt auf der einen Seite: Wohnungsbau, Innenverdichtung, nicht die Ränder ausweiten. Aber auf der anderen Seite auch: Ein vielfältiger, bunter, gewachsener und gesunder Stadtteil, mit hoher Wohnqualität braucht grüne Flächen und braucht hohe Wohnqualität und in dieser Wohnungsbaukonzeption 2020 haben sie selber formuliert, dass es notwendig ist diese Plätze zu erhalten und zu verbessern, das ist so ein Platz, der Dedesdorfer Platz.

Obuch: Bei uns ist Herr Hoppensack auch, Vorsitzender der Bremer Bürgerstiftung und als Stiftungsvorstand, Herr Hoppensack, ist Ihnen Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement in dieser Stadt ja sehr wichtig. Andererseits kennen Sie als Staatsrat a. D. auch die andere Seite. Da, wo Sie so, wie man das heute so modern sagt „Entscheider“ sein mussten. Wo schlägt eigentlich, wenn Sie so da in der Diskussion lauschen, wo schlägt eigentlich Ihr Herz dann ? Also sind Sie da, ich sag’s jetzt mal ganz grob, eher auf der Seite der Bürgerinitiative oder haben Sie mehr Verständnis, ja für die, ich sag’ mal in Anführungsstrichen wieder, Politik ?

Hoppensack: Meine Erfahrung ist ja die von Kurt Tucholsky, der hat das mal schön beschrieben: „Is’n Riesen-Unterschied, ob man hinterm Schreibtisch sitzt, oder vor’m Schreibtisch steht.“ Das war noch Preußen, da stand man vorm Schreibtisch, heute sitzt man zwar. Also, ich kann mich noch erinnern, manchmal fällt es mir auch auf’n Fuß, dass mich die Leute erinnern und sagen: „Das hättest Du damals auch besser machen können“. Dann komme ich biblisch und sage: „Alles hat seine Zeit.“ Heute ist irgendwie ‘ne andere Zeit angebrochen. Letzte Woche habe ich, hat jemand, ein Professor aus Lüneburg sehr prägnant gesagt: „Wer heute ohne Bürger plant, der begeht einen Kunstfehler.“ Und ich glaube, es gibt in Bremen viele gute Beispiele von Bürgerbeteiligung. Wir haben eben gehört: Es gibt auch suboptimale Beispiele von Bürgerbeteiligung. Also, es muss irgendwie sich noch was tun. Insgesamt meine ich, dass es sich, dass wir feste Regeln brauchen. Um nochmal wieder mit’m Zitat zu kommen: Niklas Luhmann hat gesagt: „Demokratie legitimiert sich durch Verfahren.“ Es muss also irgendwie feste Regeln geben, auf die man sich einstellen kann. Also, wenn die Bürgerinitiative in St. Magnus Unterschriften sammelt und die irgendwo einreicht, muss sicher sein, was, wie man damit umgeht. Mit Sicherheit steht in diesen Regeln nicht: Wenn ‘ne Bürgerinitiative 20.000 Unterschriften sammelt, muss sich das

Vorhaben durchsetzen. Sondern, es muss dann sozusagen über, ein Verfahren eingeleitet werden, wo erörtert wird, ob es Chancen hat, in dieser, an dieser Stelle, z. B. an einem Runden Tisch, das Thema durchzuarbeiten.

Obuch: Marie Hoppe hatte sich gemeldet von den Grünen, ich muss mal zwei, drei Schritte gehen.

Hoppe: Ja, also ich würde einmal Herrn Hoppensack da zustimmen. Es gibt nicht nur die Negativ-Beispiele, wo es sozusagen auch nicht gut gelaufen ist. Sondern, es gibt auch viele gute Beispiele in Bremen, von denen wir lernen können. Da gibt es das Hulsberg-Viertel, wo ein ganzes Quartier gemeinsam in 'ner kooperativen Planung erschaffen wird, geplant wird, den Verkehrsentwicklungsplan und das sind, wo es 'ne große Internetbeteiligung gab, und das sind auch Projekte, die weit über die Grenzen von Bremen hinaus auch sich 'n Namen gemacht haben, die da sehr bekannt geworden sind. Und wie ich das im Moment einschätze: Dass es im Moment so noch 'n großes Experimentierfeld, auch in den nächsten Jahren war, in den letzten Jahren war, und wir jetzt sozusagen zu diesen Regeln, also bzw. zu einem umfassenden Konzept kommen müssen. Und da kann ich sagen, gibt es einen Antrag der Koalition, der jetzt nächste Woche Dienstag beschlossen werden soll, wo es genau darum geht: Einmal, wie können wir sozusagen aus den Projekten lernen, aber wie können wir auch zukünftig sozusagen auch irgendwie so diese Spielregeln entwickeln und auch transparent machen. Nach welchen Kriterien wird z. B. entschieden, dass es beim Dedesdorfer Platz 'ne Beteiligung gibt, aber in Bremen-Nord jetzt nicht, also bzw. noch nicht, das weiß man jetzt ja noch nicht, wie es sich weiterentwickelt. Aber das sind ja alles Sachen, die wir, ich denke aber auch in einem, in einem größeren Diskurs auch nochmal...

Obuch: Deswegen sind wir ja hierher gekommen. Um diesen größeren Diskurs zu führen. Herr Lohse, ich meine, wird dieser Diskurs jetzt angeschoben ? Mein Eindruck, jetzt wirklich als Außenstehender ist: Bürgerbeteiligung wird immer plakatiert. Sowohl natürlich von den Bürgerinitiativen als auch von den Politikern. Aber, im Grunde genommen knirscht es dann eben bei der Zusammenarbeit, weil vielleicht, ja beide Seiten sich Illusionen machen. Der Politiker sagt: Die werden's schon verstehen und die Bürgerinitiativen haben so das Rundum-Glücklich-Paket im Kopf.

Lohse: Also ich begrüß' das, Herr Obuch erstmal außerordentlich, dass Sie heute diese Sendung machen, weil die hilft tatsächlich, den Diskurs voranzubringen. Ich möcht' mehreren Vorrednern zustimmen, dass wir uns im Grunde auf einer Lernkurve bewegen, wie diese Verfahren laufen müssen. Ich möchte aber auch sagen, dass wir wirklich deutschlandweit anerkannt sind. Wir vergleichen uns mit anderen Städten. Leipzig hat gerade gesagt: Bremen ist unser Vorbild bei der Bürgerbeteiligung. Für unsere Internet-Beteiligung beim Verkehrsentwicklungsplan gewinnen wir deutschlandweit Anerkennung und Preise. Das ist auch wichtig mal über den Tellerrand zu gucken, um zu gucken: Wo stehen andere ? Ich möchte' nochmal eins erklären zu der Frage „Feste Regeln“. Hier müssen wir 'n bisschen vorsichtig sein. Wir haben schon sehr viele förmliche Beteiligungsverfahren. Die sind alle

vorgeschrieben nach dem Baugesetzbuch, nach Bundesemissionsschutzgesetz. Nach verschiedenen Gesetzen gibt es förmliche Beteiligungsverfahren und das, was wir im Moment zusätzlich entwickeln, sind zusätzliche Verfahren, die teilweise schon formalisiert sind. Das sind die Beteiligung der Beiräte in den Stadtteilen, 22 Beiräte, die eine demokratisch gewählte Mehrheit dann dort haben, Meinungsbildung betreiben. Und dann kommen zusätzlich noch Bürgerinitiativen hinzu, die wollen dann manchmal was anderes, als der Beirat. Das ist auch ganz natürlich, weil in der Stadt die Menschen unterschiedliche Interessen haben und die prallen in diesen Baugenehmigungsverfahren und anderen aufeinander. Was man jetzt nicht machen darf, ist die Illusion zu glauben: Das Befragen der Bürger würde all‘ das ersetzen, was das Parlament beschlossen hat. Dort sitzen ja Abgeordnete, die dem Gemeinwohl der ganzen Stadt verpflichtet sind, oder es würde das ersetzen, was im Baugesetzbuch steht. Da steht beispielsweise ‘drin: Die Verwaltung muss alle Seiten hören und anschließend eine Abwägung vornehmen, die dann auch gerecht ist. Und wir verbessern die Möglichkeiten, diese Abwägungen vorzunehmen, indem wir mehr Stimmen aus den Bürgern hören. Aber wenn ein Beirat etwas will, einstimmig und die Bürgerinitiative will etwas anderes, wie in Burglesum, in diesem Baugebiet St. Magnus, da sagen alle: „Senator, das kannst Du bebauen“, und dann kommen vier Bürger und sagen: „Wir wollen nicht, dass da gebaut wird“, dann kann ich es nicht allen recht machen.

Obuch: Nicht allen Recht machen, verschiedene Interessen, die aufeinander prallen. Diese Stichworte nehme ich ‘rüber in die nächste Gesprächsrunde, es gibt schon jede Menge Wortmeldungen, eine aus dem Publikum und viele hier vom Podium. Gleich geht’s weiter mit „Nordwestradio unterwegs“ aus der Bremischen Bürgerschaft.

(Musik)

Obuch: „Nordwestradio unterwegs“, heute aus Bremen, aus dem Herzen der Hansestadt, und zwar aus der Bremischen Bürgerschaft. Wir sprechen über Bürgerbeteiligung, über die Grenzen der Bürgerbeteiligung und über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Und die Bürgerinitiativen sind hier vor Ort, auch mit Plakaten, die sie hier aufgestellt haben, „Initiativen sind das Salz in der Suppe Bremens“ heißt es und dann: „Für wen machen Sie Politik, Herr Senator?“, Fragezeichen. Zwei Vertreter von Bürgerinitiativen sind zu mir gekommen. Ganz kurz, was wollen Sie sagen ?

Brandtstaedter: Ja, Brandtstaedter mein Name, ich bin Sprecher für die Bremer Bahnhofplatz Initiative und die BI Grünes St. Magnus. Zum Einen, Herr Senator: Es ist nicht richtig, dass der Beirat Burglesum einstimmig beschlossen hat. Die Grünen sind dort bis auf den heutigen Tag gegen die Bebauung am Westrand des Knoops Park. Und zum Zweiten: Hier wurde die Frage der Spielregeln aufgeworfen, das ist gut. Denn wir haben uns z. B. mit mehrseitigen Schreiben am neuen Flächennutzungsplan und am Landschaftsprogramm beteiligt und haben keine vernünftigen Antworten gekriegt. Nur, wir haben vom Leiter der Planungsgruppe gekriegt: „Ja, wir überlegen , ob Sie eine vertiefte Beratung benötigen.“ Das fand’ ich, fand ich ‘ne sehr merkwürdige Antwort.

Obuch: Und noch ein Vertreter hier zu meiner Linken.

Scheffer: Ja, mein Name ist Christoph Scheffer. Ich bin aktiv in der Bürgerinitiative Waller Mitte, von der wir jetzt schon viel gehört haben. Ich möchte sagen, dass an dem Beteiligungsprozess durchaus nicht alles schlecht war. Es gab auch sehr, sehr gute Strecken. Und wenn ich mal rückblicke und schaue: Wann lief's denn eigentlich gut und wann lief es schlecht? Dann ist mein Eindruck: Es lief immer dann gut, wenn wir aus der Behörde einen Vertreter hatten, der mit Rang und Namen kam, beispielsweise einen Senatsbaudirektor oder einen Staatsrat, der sich in die Kommunikation eingemischt hat, der hat 'n bisschen mehr Bewegungsfreiheit, der hat mehr Überblick und vielleicht auch mehr politisches Geschick. Und immer schlecht lief es in dem Moment, wenn der Beteiligungsprozess mit, man muss sagen immerhin 100 aktiven Bürgern, abgelegt wurde bei einem untergeordneten Mitarbeiter, der wenig Spielraum hat und wenig entscheiden darf, da lief es schlecht. Jetzt hat sich wieder die neue Senatsbaudirektorin eingemischt in diesen Prozess und wir sind, ich möcht' mal sagen, zumindestens jetzt wieder guter Dinge, dass wir hoffen können, dass da Vertrauen wieder zurückkommt und wirkliche Kommunikation, wirklicher Dialog wieder entsteht.

Obuch: Das ist ja immerhin etwas. Herr Strohmann von der CDU, der hat ja gerade eben in der Musikpause zu mir gesagt: „Soll ich mal 'n bisschen Salz oder 'n bisschen Pfeffer in die Diskussion streuen?“ Von Salz war ja eben auch schon mal bei der Bürgerinitiative die Rede. Herr Strohmann, machen Sie's.

Strohmann: Ja, ich will nur nochmal 'drauf eingehen: Die Bürgerinitiativen haben natürlich zum Teil Recht, dass man ihnen falsche Sachen versprochen hat. So, und ich wollte eigentlich nur auf das nochmal reagieren, was Frau Hoppe gesagt hat. Es kann natürlich auch nicht angehen, dass sie einerseits als Bürgerschaftsabgeordnete Beschlüsse mitträgt „Wohnverdichtung, soweit es geht“ und dann sich natürlich bei den Bürgerinitiativen 'n Weißen Schuh macht. Kritisch im Umgang mit Bürgerinitiativen seh' ich gar nicht jetzt bei den Anwesenden, sondern z. B., was mich persönlich ärgert, dass man am Stadtwerder den Leuten was versprochen hat, erst nachträglich, die haben da teuer Häuser z. B. gekauft und im Nachhinein nochmal den Bebauungsplan, das nochmal schnell ändert, um da Geschosswohnungsbau, und die haben da schon richtig hohe Summen investiert und man redet mit ihnen nicht. Das finde ich, das ist unmöglich, da müssen wir 'draus lernen. Ansonsten glaube ich schon, dass die, die Beteiligung relativ gut läuft. Aber ich will jetzt auch nicht immer als Verteidiger der Baubehörde [auftreten], aber wir haben natürlich auch massiv gerade in dem Bereich sehr viele Projekte, die laufen und das auch alles organisatorisch abzuwickeln ist so problematisch und ich kann nur immer anbieten: Gehen Sie auf die Fraktionen, auf die Parteien zu und dann kümmern wir uns auch 'drum und glauben Sie nicht immer alle, was Ihnen den Abend erzählt wird, weil ich glaub', das ist so 'ne Frage der...

Obuch: Aber irgendwas müssen sie ja glaubenkönnen. Aber gleichzeitig meine Frage an die Bürgerinitiativen, jetzt vielleicht 'n bisschen ketzerisch: Wir hören von den Problemen, ich höre und lausche hier auch aufmerksam, also auf der einen Seite „Verdichtung, wir brauchen Wohnraum“, das akzeptiert hier jeder in der Stadt, auf der anderen Seite, ja hier „Wir möchten unser, ja unser Biotop erhalten“ z. B. in Ihrem Viertel, in, in Walle. Kann man da sagen, dass Sie vielleicht ein klein bisschen, Frau Schweisfurth, ein bisschen zu, zu egoistisch sind und sagen: Unser Partikularinteresse, also unser Einzelinteresse steht über dem Allgemeinwohl der Stadt ?

Schweisfurth: Ja, das sind schöne Worte. Gemeinwohlinteresse und Partikularinteressen. Und ich habe in diesen drei Jahren erfahren: Die Bürger sind überhaupt nicht egoistisch. Es sind in unserer BI zwei Anwohner von Hunderten, die an diesem Platz und, wohnen und denen könnte man vielleicht sagen: Ihr denkt an euern Garten. Ansonsten ist dies ehrenamtliche Engagement für den Stadtteil, der nicht aus Eigennutz gemacht wird, sondern für den Stadtteil, so groß, dass es wirklich verrückt wäre, zu sagen, das seien Partikularinteressen, das ist Gemeinwohl für den Stadtteil. Und wir wissen natürlich, vielleicht sind wir die Experten im Stadtteil, wir wissen schon, oder glauben zu wissen, und dass die Praxis bestätigt uns, dass es solche sozialen Räume braucht, das es dieses bürgerschaftliche Engagement braucht, die ehrenamtlichen Sportgruppen, Fußballgruppen, Gymnastikgruppen, Frühstücke. Also, da ist richtig Leben und das hat nichts mit Eigeninteressen zu tun und...

Obuch: Herr Maretzke, Sie hatten sich auch gemeldet und Frau Hoppe.

Maretzke: Es kommt so durch, wie Herr Lohse sagte: „Vier Anwohner haben was dagegen“, dass das alles Anwohnerinteressen sind. Das wird immer kolportiert von der Politik. Da muss man aber einfach sehen, was, was die Bürger, die vor Ort sind, das ist ja das, was Herr Hoppensack auch sagt, vor und hinterm Schreibtisch. Entscheidend ist ja: Wir wohnen da, wir kennen die Situation auch. Und wir wissen, wie wichtig der Park ist. Ich hab' mir mal das Buch mitgebracht, Sehenswürdigkeiten hier aus Bremen-Nord, gerade 'rausgekommen, da ist ...

Obuch: Es ist immer im Radio schlecht 'n Buch zu zeigen.

Maretzke: Ich wollte auch nur sagen: Es geht alles nur um Knoops Park. Das ist ein überregionaler Park, der leider nicht so eine Lobby hat, wie der Bürgerpark, wo dann zum Glück, ja mit einem Strich die Straßenbahn wegfällt, aber die Lobby hat der Knoops Park nicht und für den machen wir uns stark. Und das ist die Sehenswürdigkeit in Bremen-Nord und die muss man erhalten, die muss man ausbauen und die kann man nicht dichtbauen.

Obuch. Frau Hoppe, Sie hatten sich auch gemeldet. Aber bevor Sie loslegen meine Frage, da nehm' ich das nochmal auf, was Herr Strohmann gesagt hat: Sind Sie da mit zwei Seelen in Ihrer Brust ? Auf der einen Seite: Verdichtung, solche Projekte, in der Bürgerschaft mit abzustimmen, mit „Ja“. Und gleichzeitig sich, wie haben Sie gesagt gesagt, einen Weißen Schuh zu machen bei den Bürgerinitiativen, so Liebkind zu machen also, ist das so'n Balanceakt für Sie? Sie schmunzeln !?

Hoppe: Ja, also, ich würd' das schon klar vonander trennen. Es ist natürlich klar, das ist Grüner Beschluss sozusagen oder Beschluss der Grünen Fraktion, der ich ja auch Teil, also Mitglied bin, zu sagen, dass wir 'ne Innenstadtverdichtung wollen. Wir wollen grüne Ränder behalten, wir wollen sozusagen nicht, dass jetzt noch mehr, ja, also, 'ne Innenstadtverdichtung. Und es ist doch klar, dass das zu Problemen führt. Was ich halt hier angemerkt hab' ist einfach: Beteiligung muss offen und klar kommuniziert werden. Und das sozusagen wurde zum Teil kommuniziert aber nicht ganz deutlich in dem, in diesem Beteiligungsprozess. Und ich würde das schon voneinander trennen. Natürlich ist da der politische Beschluss, der dann auch zu Konflikten führt. Aber wie man dann mit den Konflikten umgeht im Beteiligungsprozess, das ist noch mal 'n anderes Paar Schuhe, wo ich mich ganz klar für stark mache, dass wir da diesen klaren Rahmen, klare Kommunikation brauchen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger da auch nicht, ich sag' jetzt mal wirklich verarscht fühlen oder frustriert sind und dann im Nachhinein dann sagen: Ja OK, da wurde das halt nicht offen kommuniziert so.

Obuch: Herr Lohse, sind da Fehler gemacht worden ? Hat man da nicht deutlich den Bürgern gesagt: „Soundso sieht das aus“ ? „Macht euch nicht hundertprozentige Hoffnungen, acht euch bitte nur sechzigprozentig-, vielleicht auch nur vierzig- oder fünfzigprozentige Hoffnungen.“ Ist da die Politik manchmal auch zu bequem, zu konfliktscheu ?

Lohse: Ich kann es im Einzelnen für die Vergangenheit nicht sagen. Nachdem, was ich höre, mag es so sein, dass da nicht immer Reiner Wein eingeschenkt worden ist. Und ich möchte das, was Frau Hoppe gesagt hat unbedingt unterstützen, die Klarheit und Wahrheit in der Kommunikation ist ganz wichtig. Ich muss jetzt aber noch zwei dringende, zwei, drei Dinge kurz anbringen hier. Das Eine ist, ich sehe schon die Schlagzeilen von morgen in der Bremer Presse: „Knoops Park soll bebaut werden.“ Das ist Unfug. Das ist hier eben ganz falsch 'rübergekommen. Wir sprechen über ein ehemaliges Gärtnereigelände in der Billungstraße, was von Stadtgrün nicht mehr benötigt wird, jetzt Umweltbetrieb Bremen. Und diese Fläche hat keinen übertriebenen Grünflächenwert, das bestätigen die Umweltverbände, das bestätigt der BUND, das bestätigt der NABU. Und der Stadtteil hat eine ausreichende Versorgung mit Grünflächen, das heißt, das ist eine Stelle, wo alle, auch der Beirat, möglicherweise nicht die Grünen, das ist dann bei mir falsch angekommen, die Grünen in der Bürgerschaft sind für diese Bebauung. Das heißt, die Stadt ist sich hier weitestgehend einig und so ist eben die Meinungsbildung in der Demokratie entstanden.

Beim Stadtwerder haben die Leute gekauft innerhalb einer Rahmenplanung, die verschiedene konkrete Ausgestaltungen zugelassen hat. Sie haben sich auf Prospekte verlassen haben, wo eine konkrete Ausgestaltung, das ist aber nicht sozusagen der unveränderbare B-Plan gewesen, sondern da ist auch klar kommuniziert wordem. Die Leute wollen das aber nicht immer alles hören, das kommt eben auch dazu. Kommunikation ist 'ne Sache von Sender und Empfänger. Wir können und müssen unseren Teil dazu tun, klar zu kommunizieren. Aber die Empfänger und Empfängerinnen müssen dann auch wirklich zuhören und das auch Ernst nehmen.

Obuch: Das war ja richtig ein linguistischer Exkurs, Herr Senator. Aber, damit machen wir gleich weiter in der nächsten Gesprächsrunde von „Nordwestradio unterwegs“ aus der Bremischen Bürgerschaft.

(Musik)

Obuch: „Mitreden, mitgestalten, Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung.“ Dies heute unser Thema bei „Nordwestradio unterwegs“. Wir sind gar nicht so weit weg von unserem Funkhaus hier in Bremen an der Weser, wir sind nur, ja ich sag' mal 'n knappen Kilometer weitergefahren und zwar in die Bremische Bürgerschaft, hier im Herzen der Hansestadt. Herr Hoppensack, Sie sind hier so gewissermaßen unser „Elder Statesman“, ein Mann, der aus der reifen Erfahrung spricht und Sie haben eben ja auch mal einen schönen Vergleich gemacht zu früher, wo der vielleicht noch klein gehaltene Bürger vor dem Schreibtisch der Bestimmer steht und weiche Knie kriegt und sich das anhören muss, was mit ihm gemacht werden soll. Die Zeiten haben sich geändert, aber ist das auch bei der Politik nach Ihrer Ansicht angekommen. Wird der mündige Bürger, werden Bürgerinitiativen auch wirklich ernst genommen von der Politik oder werden sie im Grunde genommen zwar entgegengenommen aber nicht ordentlich behandelt ?

Hoppensack: Wie wir gemerkt haben, auch bei den Beispielen, die wir hier, die vorgetragen wurden: Es gibt das Eine und das Andere. Die Politik, insbesondere, wenn es sozusagen um ganz Grundsätzliches geht, sagt natürlich immer das, dass es um Demokratie und dass die Bürger das, sozusagen im Mittelpunkt stehen. Aber das Dumme ist, dass die das nicht immer merken. Also, das merkte man ja schon hier, dass das sehr unterschiedlich angekommen ist. Die Leute in St. Magnus, die sind bis zum heutigen Tag sauer, dass auf ihr Anliegen nicht in Ihrem Sinne eingegangen worden ist, wobei ich hervorheben will: Es gibt keinen Anspruch, dass sozusagen man, dass die Verwaltung oder die Politik jeder Bürgerinitiative folgt. Aber die Leute haben einen Anspruch auf ein ordentliches Verfahren. Also wenn, wenn Unterschriften gesammelt werden und die bei einem Ortsamt eingegangen, eingereicht werden, muss klar sein, wie man dann damit umgeht. Also es fängt damit an, dass, dass man z. B. nicht in 'ner, nach angemessener Zeit 'ne Antwort bekommt. So, und dann muss es sozusagen, muss es ein Gespräch geben, wo nach bestimmten Regeln, die noch aufzustellen sind, geprüft wird: Eignet sich dieser Gegenstand für irgendein Beteiligungsverfahren, so. Manchmal ist es möglich, manchmal nicht. St. Magnus klingt irgendwie nicht so positiv. Es gibt 'n anderes Beispiel, was ständig hier in Bremen in der Zeitung steht, das ist der Bahnhofsvorplatz. Das ist sozusagen ein völlig durchgearbeitetes Verfahren, da sind die, ist die Messe gelesen, wie das so schön heißt, da kann man's nicht mehr machen. Ob man in der Vergangenheit Dinge falsch gemacht hat, is'n anderes Ding, aber es gibt eben Dinge, die sind sozusagen „durch“ und die müssen dann auch gemacht werden. Und dann muss man sagen: Wenn so'n Fall nochmal auftaucht, dann machen wir's anders. Und dann müssen alle Leute, auch die sozusagen sich aufmachen, Unterschriften zu sammeln, zu sammeln [wissen]: „Ja, wenn die Unterschriften auf dem Tisch einer Behörde liegen, dann können wir davon ausgehen, dass bestimmte Abläufe da sind. Wir werden eingeladen. Es wird nach

bestimmten Kriterien geprüft, ob es sich eignet usw.” Die Stadt Heidelberg, die hat das wunderbar geregelt, da gibt es eine Internet-Seite, wo alle Planungsvorhaben, die für Bürgerbeteiligung nachgefragt werden aufgeführt sind. Es gibt ein Gremium, was dann auch darüber entscheidet, ob es sich etwas eignet oder nicht. Also so stell’ ich mir das in Bremen vor und das, was die Bürgerschaft jetzt nächste Woche verabschieden will, dieser Antrag, wenn es dazu kommt, da wird noch viel Arbeit geleistet werden, könnt’ ich mir vorstellen, dass es, dass wir einen wesentlichen Schritt vorankommen.

Obuch: Kommen wir doch mal zu dem Antrag, Frau Hoppe, erklären Sie: Um was für einen Antrag handelt es sich da und was kann der an Besserung bringen ? Kurz, knapp, bündig.

Hoppe: Ja, der Antrag hat die Überschrift „Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung, Betroffene zu Beteiligten machen”. Es ist eigentlich ganz viel, was der Antrag sozusagen beinhaltet, hier schon auch gesagt worden ist. Der erste Beschlusspunkt umfasst...

Obuch: Dann brauchen wir das nicht alles zu wiederholen. Also das ist ein Antrag. Wird der getragen von einer breiten Mehrheit in der Bürgerschaft oder ist das nur ‘ne Kleinigkeit ?

Hoppe: Nee, ich glaub’ der wird, also wir wissen noch nicht, wie die CDU und die „Linke” dazu abstimmen.

Obuch: Fragen wir die CDU, Herr Strohmann, was machen Sie da, bei diesem Antrag?

Strohmann: Also ich sag’ Ihnen ganz ehrlich, ich hab’ den jetzt noch nicht konkret gelesen. Das ist ja auch erst nächste Woche.

Obuch: Ja, aber nächste Woche ist nächste Woche.

Strohmann: Ich geh’ mal davon aus, dass wir den mittragen werden. Aber, ich sag’ mal: Solche Anträge sind natürlich auch Weiße Salbe. Wir müssen es im Prinzip umsetzen. Wir müssen arbeiten. Und da will ich, ist nochmal der Vorwurf: Frau Hoppe kann noch 30 schöne Anträge über Bürgerbeteiligung bringen. Wir müssen es nur leben und da gibt es eben viele Beispiele, wo es eben nicht gemacht wird, wo die Bürger eben übergangen werden. Oder eben, genau nochmal ‘n Beschluss, z. B. die Skaterbahn in Walle, hat Ihre Fraktion auch mitgemacht. Völlig hirnrissig, wollte keiner, wollten die Anwohner nicht. Was hat man mit der Bürgerinitiative gemacht ? Man hat sie gar nicht erst angehört und hat gesagt: „Das ist jetzt so beschlossen und der wird jetzt da hingebaut, fertig aus.” Das, solche Sachen müssen wir abstellen und nicht Anträge noch inne Bürgerschaft, wie schön und Verfahren und Konzepte und haste nich’ gesehen.

Obuch: Wie ist das, ich meine also Herr Strohmann hat gesagt: „Salbe“. Ja, das hört sich so ‘n bisschen an wie „Placebo“, Herr Lohse, Sie hatten sich auch gemeldet, wollten was sagen dazu.

Lohse: Ja, es geht natürlich nicht um ein Placebo sondern es geht tatsächlich um bestimmte Kommunikations- und Verfahrensregeln. Wo ich aber großen Wert 'drauf lege: Für die informellen Verfahren brauchen wir alle, die Stadtgesellschaft, nicht nur die Verwaltung, mehr Spielräume, als die formalisierten Verfahren nach dem Baugesetzbuch. Da gibt es ja die Verfahren schon. Da ist es völlig klar, dass Unterschriften, die eine Bürgerinitiative einreicht, in der Abwägung der Bauverwaltung berücksichtigt werden. Das wird auch im Bericht stehen, wenn am Ende entschieden wird: Steht das 'drin ? Das gibt es. Wir kommunizieren das auch an die Bürgerinitiativen, das ist also nicht so, dass die keine Antworten bekommen. Das Problem ist, dass die Antworten den Bürgerinitiativen nicht immer gefallen. Und da sind wir wieder am Angang der heutigen Diskussion, wir sind dabei, Demokratie weiter zu entwickeln und wir müssen sie auch ein Stück besser lernen und kennenlernen. Und das ist auch 'ne große Chance dieser Verfahren, dass es besser verstanden wird: Was sind die Rollen der Bürgerschaft, des Haushaltsgesetzgebers, einer Verwaltung, des Gesetzgebers usw. und natürlich haben die Bürgerinitiativen dort eine wichtige Rolle. Die sind die Experten für Ihr Nahumfeld, die haben das Erfahrungswissen im Stadtteil. Das wollen wir einbinden und das tun wir auch, das muss ich Herrn Strohmann sagen: Das tun wir in ganz vielen Fällen in dieser Stadt. Meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind jeden Abend in einem anderen Stadtteil um dort Vorhaben zu diskutieren mit den Bürgerinnen und Beiräten. 'Ne unglaubliche Anforderung, 'ne unglaubliche Arbeitsbelastung. Wenn wir da immer 'ne Senatsbaudirektorin oder 'n Staatsrat hinschicken wollten, dann müsste ich entweder fünfmal mehr Personal einstellen oder wir können nur einen Bruchteil der Verfahren machen, im Moment würde ich das ...

Obuch: Das wäre ja noch 'ne Antwort auf den Herren eben, der aber sich trotzdem, das darf er ja auch, sich beklagt hat, manchmal kommen da Leute, die sich vielleicht nicht so gut auskennen, wie die Hierarchen.

Lohse: Aber wir müssen es lernen, mit normal sterblichen Menschen diese Beteiligung durchzuführen. Ja, wir haben keine 5 Senatoren, 10 Staatsräte und 12 Senatsbaudirektoren. Und wir führen im Moment, ich schätz' mal grob, 30 bis 35 intensive Beteiligungsverfahren zu konkreten Projekten Verkehr, Bau im Bremer Stadtgebiet durch. Dazu besuchen wir regelmäßig die 22 Beiräte. Rechnen Sie mal zusammen, wieviel Termine das wird und wieviel Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Sie dafür brauchen.

Obuch: Ja, da brauch' ich 'ne Rechenmaschine. Frau Schweisfurth, Sie warten schon lange auf Ihre, mit Ihrer Wortmeldung, jetzt sind 'Se dran.

Schweisfurth: Ja, genau, wenn die Haltung ist „Wir sind die Experten“ und wir sollen gehört werden, dann ist das gut. Wir sind Streitbar und wir möchten lieber reden als nicht reden. Und: Wir sind auch Kompromissfähig. Und: Wir haben das Gemeinwohl im Blick. Also ich glaube, Sie brauchen sich keine Sorgen machen, ich glaube, wenn es gut läuft und es diese Haltung gibt, „Wir werden gehört“ und ein ordentliches, faires Verfahren, dann ist das eine Bereicherung.

Obuch: Nehmen wir das mal als vorläufiges Schlusswort, das richtige Schlusswort kommt in der nächsten, der letzten Gesprächsrunde hier, von „Nordwestradio unterwegs“.

(Musik)

Obuch: Großes Finale unserer „Nordwestradio unterwegs“-Sendung, heute zum Thema „Bürgerbeteiligung, Grenzen und Möglichkeiten“ und natürlich soll auch noch einmal ein Vertreter der Bürgerinitiativen hier als Gast aus dem Publikum das Wort haben, der wollte, hatte sich nämlich nochmal gemeldet.

Scheffer: Ja, vielen Dank nochmal, Christoph Scheffer. Nochmal zur Waller Mitte bzw. Dedesdorfer Platz. Wir haben hier ein sehr, sehr breites Meinungsbildungsverfahren in Walle durchgezogen: Der Beirat hat einstimmig zugestimmt, die BI hat einstimmig zugestimmt, die Seniorenvertreter, die Jugendvertreter, die Anwohner. Also wirklich: Eine sehr, sehr gute Lösung. Und: Diese Lösung beinhaltet, dass auf dem Platz nicht nur 40 Wohneinheiten entstehen, wie es in der entsprechenden Bauplanung des Senats vorgesehen ist, sondern 53. Ich würde mir wünschen, dass die Bürgerinitiative und der gesamte Stadtteil Walle da vielleicht auch mal ‘n kleines Lob von bekommt, die Verantwortung für die Gesamtentwicklung der Stadt hier auch mitzutragen.

Obuch: Also, wie sieht es aus Herr Lohse ? ‘N kleines Lob für die Bürgerinitiative, ist das ‘drin heute, so als persönliches Angebot ?

Lohse: Ja natürlich, also hier bewegt man sich aufeinander zu. Ich begrüße das, das wird ja auch immer wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert, die ich umgekehrt auch signalisiere. Was wir sehen müssen, dass die Randbedingungen, über die wir vorhin gesprochen haben, politische Beschlüsse und verfügbare Gelder, dass die berücksichtigt werden, in dem Rahmen müssen wir gemeinsam sehen, wie wir die Geschicke dieser Stadt gestalten. Aber, gerade zum Dedesdorfer Platz, die Senatsbaudirektorin hat sich der Sache angenommen, hat Anfang der Woche dort mit den Vertretern der Initiative zusammengesessen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass da jetzt auch was Gutes dabei ‘rauskommt und im Zweifelsfall schalte ich mich selber auch ein und guck’ mir die Sache auch nochmal an.

Obuch: Christoph Hoppensack, Staatsrat a. D., „Elder Statesman“ habe ich Sie heute schon mal genannt. Wenn Sie so diese Diskussion Revue passieren lassen und in drei, vier Sätzen, wirklich möglichst kurz, mal so’n Resummee ziehen, sagen Sie: Das ist wirklich ‘n Schritt in Richtung Demokratie nach vorne gegangen, auch innerhalb heute, unserer Diskussion, oder sagen Sie: Da wird um den heißen Brei ‘rumgeredet ?

Hoppensack: Ja gut, also es sind viele gute Absichten erklärt worden. Und ich setz’ immer noch auf das Parlament und wenn die jetzt diesen Antrag beschließen, bin ich sehr zufrieden, weil sozusagen das systematisch und auch mit Nachhaltigkeit ausgestattet ist. Dann kommt die spannende Frage: Was macht der Senat damit ? Also

die bisherigen Vorstöße für mehr Bürgerbeteiligung wurden nicht besonders konsistent und schlüssig zusammengefügt, sondern, es wurde sozusagen, jeder berichtete das, was er Gutes gemacht hat und dass er noch viele gute Absichten hat. Und am Ende kommen dann wieder schlechte Beispiele. Also, ich hoffe, dass jetzt mehr Nachhaltigkeit in diese Systematisierung und Verriegelung, wenn man so will, von Bürgerbeteiligung stattfindet.

Obuch: Also, Nachhaltigkeit. Harry Marezke von der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus. Gehen Sie 'n bisschen zuversichtlicher aus dieser Diskussion 'raus ?

Marezke: Im Moment noch nicht, weil ich auch kein Signal habe, dass man weiter auf uns zugehen will, zumindest, was zwischen den, zwischen den Radio-Pausen gesagt worden ist. Es wäre schön, wenn man, wenn man 'n bisschen auf uns zuginge, weil, das ist bisher nicht passiert und wir hoffen, da passiert was.

Obuch: Gut, Botschaft ist angekommen. Wir haben vieles nur anreißen können. Aber, ich denke mir, auch wenn das Fazit von dem Herrn Marezke nicht so positiv war, die Möglichkeit, jetzt noch miteinander zu sprechen und sich vielleicht zu verabreden ist ja noch existent. Das machen wir allerdings bei geschlossenen Mikrofonen. Das war „Nordwestradio unterwegs“, heute aus der Bremischen Bürgerschaft. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.